

Stellungnahme des SFV vom 08.03.2010:

Was machen Solarhersteller mit den Gewinnen?

Die Bundesregierung will das Wachstum der Solarenergie abbremsen und hat dazu einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, der die Einspeisevergütung erheblich reduziert.

Ob der Bundestag zustimmen wird, ist noch fraglich und deshalb lohnt sich weiterer Einsatz.

Der SFV lehnt den o.a. Gesetzesvorschlag der Bundesregierung ab. Wir kennen die Gefahren der Atomenergie und der fossilen Energien und wollen diese Energieformen so schnell wie möglich durch Solarenergie und andere Erneuerbare Energien ersetzen.

Eine Bremse für das Wachstum der Solarenergie - wie die Bundesregierung sie jetzt vorschlägt - halten wir für einen grundsätzlichen Fehler. Wir brauchen keine Bremse, sondern nach oben offene Wachstumsraten für alle Erneuerbaren Energien.

Wachstum kommt nur durch unternehmerische Aktivitäten in Gang. Aber für unternehmerische Aktivitäten muss es Gewinnanreize geben! Der SFV fordert deshalb eine Rückkehr zu der alten Regelung des EEG 2004, wonach nur einmal im Jahr die Einspeisevergütung um 5 Prozent abgesenkt wird.

Zu der Forderung des SFV nach gewinnbringender Einspeisevergütung gibt es regelmäßig heftige Meinungsverschiedenheiten auch unter Freunden der Solarenergie.

"Zu hohe" Gewinne werden von einigen Solarfreunden als anstößig empfunden, insbesondere im Hinblick auf die Stromkunden, die diese Gewinne bezahlen müssen. Diese Solarfreunde betrachten Gewinne der Solarbranche als notwendiges, nicht vermeidbares Übel, wollen sie aber möglichst minimieren.

Der SFV vertritt demgegenüber die Überzeugung, dass die Gewinne der Solarbranche und natürlich auch der Windbranche das Kapital und damit den finanziellen Antrieb für die Umstellung der Energieversorgung liefern. Es müssen ja nicht nur die bereits bestehenden Solar- und Windanlagen bezahlt werden, sondern es müssen schon jetzt zur Beschleunigung des Ausbaus weitere Solarfabriken und Produktionsstätten für Windanlagen geplant, finanziert und errichtet werden. Es geht um den Aufbau einer vollständig neuen technischen Infrastruktur. Es müssen Atomkraftwerke, Kohlekraftwerke, Gaskraftwerke, Raffinerien, Tankstellen und Heizkessel ersetzt werden und es müssen Millionen dezentraler Stromspeicher errichtet werden. Wenn das Geld dazu nicht aus den Gewinnen beim Aufbau von Solar- und Windenergie kommt, woher soll es denn sonst kommen? Wer die Energiewende will, muss auch bereit sein, sie zu bezahlen. Umsonst ist nichts auf dieser Welt. Im übrigen sind die Stromkunden durchaus bereit, hierfür mehr zu zahlen. Ein fast

unglaublich erfreulicher Vorgang, wenn man bedenkt, dass sonst alle Forderungen nach finanziellem Engagement bei Umfragen rigoros abgeblockt werden.

http://www.sfv.de/artikel/forsa-umfrage_-_bevoelkerung_will_klimaschutz_auch_dann_wenn_es_mehr_kostet.htm

Aber wie will man denn verhindern - lautet die besorgte Gegenfrage - dass die Solarunternehmer ihre Gewinne in solarfremde Vorhaben investieren oder sie an die Aktionäre ausschütten? Wie will man erreichen, dass die Kapitalgeber und Unternehmer die von den Stromkunden stammenden Zahlungen auch wirklich in die Erweiterung und Errichtung neuer Solarproduktionsanlagen stecken?

Darauf gibt es eine einfache Antwort:

Die Lebenserfahrung besagt: Gewinne machen süchtig.

In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem investieren Unternehmer Gewinne in genau die Technik, die die höchsten Gewinne verspricht. Wenn wir also für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen, ist das die beste Gewähr für eine Reinvestition in die Solartechnik. Auch die Aktionäre werden Gewinnausschüttungen bei verlässlichen Rahmenbedingungen wieder in Solartiteln investieren, wenn diese im Wert steigen. Das Ganze ist ein sich selbst verstärkender Vorgang, der noch jahrzehntelang weitergehen kann. Solange der weltweite Absatz für Solaranlagen sichergestellt ist - solange noch nicht alle geeigneten Dächer und Fassaden weltweit mit Solarmodulen bestückt sind - solange sind hohe Gewinne der beste Garant für weiteres Wachstum der Solarenergie.

Verlässliche Rahmenbedingungen sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen der Solarförderung. Auch deshalb fordern wir, wie bereits oben erwähnt, eine Rückkehr zur gleichmäßigen jährlichen Absenkung der Einspeisevergütungen für Neuanlagen um 5 Prozent. Dieses Verfahren signalisiert stabile und berechenbare Randbedingungen. Den Stromkunden signalisiert die gleichmäßige Absenkung überdies, dass es sich nur um eine vorübergehende finanzielle Anstrengung handelt und demonstriert dass die Solarenergie in nicht zu ferner Zukunft auch preislich mit den fossilen und nuklearen Techniken mithalten wird.